

ßmal wöch. Bezugspreis für Dez. 8.00 M einschl. Postgeb. Anzeigenpreise: Die 1gsp. Petitzelle 30 J., Stellengefälle 20 J., Die Petitzelklamezelle, 89 Millimeter breit, 1 M. Öffertengebühren für Selbstabholer 20 J. bei Überfendung durch die Post außerdem Vorlozuschlag. Einzel-Nr. 10 J. Sonnags-Nr. 15 J. Geschäftl. Teil: Friedrich Rieger in Dresden.

Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung sowie Erfüllung v. Anzeigenaufträgen u. Leistung v. Schadenersatz. Für unduell. u. d. Fernruf übermittelt. Anzeigen übernehmen wir keine Verantwortung. Unverlangt eingelandsche u. m Rückporto nicht verschene Manuskripte werden nicht aufbewahrt. Sprechstunde der Redaktion 2-3 Uhr nachmittags Hauptchriftleiter: Dr. Joseph Albert, Dresden

Sächsische Wolfszeitung

Wesentlichste, Druck und Verlag: Saxonische
Buchdruckerei GmbH., Dresden II. 1. Polizeistrasse 11,
Postfach 21012. Vollschreibfonte Dresden 14791.
Bankstelle: Dresden Bank, Dresden.

Für christliche Politik und Kultur

Reaktion der Sächsischen Volkszeitung
Dresden-Altstadt 1, Volkerstraße 17, Telefon 50711
und 521012.

Der Weg des britischen Weltreichs

Londoner Brief

London, Mittwoch December 1928

London, Mitte Dezember 1926.

Man hat das britische Weltreich zuweilen mit dem römischen verglichen, ein Vergleich, der mit jedem Tage ungenauer wird. Das römische Reich wurde im wesentlichen von äußerlichen Stürmen bedroht und vernichtet. Ein solches Schicksal droht dem britischen Imperium nicht. Aber immer mehr wird es London namentlich nach der letzten Reichskonferenz klar, daß das Weltreich trotz der fiktiven Einheit der Krone ein völkerrechtlicher Staatenbund ist, innerhalb dessen die schwersten Spannungen und Konflikte aus der souveränen Behandlung der Wirtschafts- und Freizügigkeitsfragen von Seiten der Dominions entstehen müssen. Daß diese Fragen nicht oder wenigstens nicht leicht zu Kriegen führen können, liegt daran, daß Georg, Kaiser von Indien, nicht an Georg, König des Dominions der südafrikanischen Union, den Krieg erklären kann. Als Personalunion steht das britische Weltreich gegenwärtig einzig in der Welt da, und diese Form schützt das Empire vorläufig vor Kriegen, nicht aber vor Konflikten der Reichsteile. Ein solcher Konflikt schwelt gegenwärtig gerade zwischen Indien und Südafrika. Er betrifft die Rechtsstellung der Juden in Südafrika.

Auf dem Gebiet der südasiatischen Union leben gegenwärtig rund 155 000 Menschen, die in Indien geboren oder indischer Abstammung sind. Von jährt ihnen 135 000 in Natal, 12 000 in der ehemaligen Transvaalrepublik, 8000 in der Kapkolonie. Diese Leute sind namentlich nach Natal auf besonderen Wunsch der Regierung eingewandert, in jener Zeit, da man Arbeiter für die Zuckerrohrpflanzungen brauchte. Man engagierte sie durch sogenannte Arbeitskontrakte und sagte ihnen, daß ihre Stellung in einer britischen Kolonie besonders gut sein werde, denn eine königliche Proklamation verbieß, daß keinerlei Rechtsunsfähigkeit oder Rechtsbeschränkung irgend jemandem wegen seiner Hautfarbe, Rasse oder Religion auferlegt werden dürfe. Die Arbeiter müßten fünf Jahre in Natal bleiben, aber viele lebten sich fest, wanderten auch nach Transvaal aus, zumal als am „Rand“ das Goldsieben ausbrach. In Transvaal wurden ihnen infolge der den Farbigen angünstigen Gesinnung des Präsidenten Krüger keinerlei politische Rechte bewilligt. In Natal und in der Kapkolonie hatten die Inder das Stimmrecht in den Gemeinden. Nur das Stimmrecht zum Parlament (der Kolonie) wurde ihnen nicht gewährt, weil es nur Angehörige der Länder haben sollen, in denen eine parlamentarische Vertretung besteht. Das war damals in Indien nicht der Fall. Als aber Indien ein Parlament erhielt, als die Inder Wähler wurden, ließ Südafrika es trotzdem beim alten, verlehrte also lieber seine eigene Verfassung, als daß es den Indern die ihnen zukommenden politischen Rechten gewährte.

Die gegenwärtige Spannung zwischen der Regierung von Indien und der südafrikanischen Union, der das holländische Afrikaner-Element unter dem Ministerpräsidenten General Herkog die Oberhand hat, hat ihren Grund in einem neuen Gesetzentwurf, der dem südafrikanischen Unionsparlament vorliegt und dessen einzestandener Zweck ist, die Zahl der in Südafrika wohnenden Inder zu vermindern. Die Inder sind fleißige und bedürfnislose Menschen, sie widmen sich großen Teils dem Kleinhandel, der kleinen Landwirtschaft und dem Handwerk und sind gefährliche Konkurrenten für die Weißen. Nachdem man sie als Arbeiter ins Land gerufen hat, will man sich jetzt ihrer durch Maßregelungswuch-

Bauer und Volksgemeinschaft

Reichsminister Haslinde über Landwirtschaft und Volksernährung — Die Sicherung der Ernährungsbasis für Deutschland bedeutet zugleich die Wiederbelebung unseres größten Vermögens.

geöffnet

Berlin, 28. Dezember.

Der Minister wies einleitend darauf hin, daß die Lage unserer deutschen Wirtschaft, insbesondere unserer Landwirtschaft, am Ausgang des Jahres 1926 noch außerordentlich ernst und bedrohlich erscheine. Trotzdem dürfe und müsse der Landwirt wie das ganze deutsche Volk im Bewußtsein seiner eigenen Kraft und schöpferischen Leistungsfähigkeit mit Hoffnung und Vertrauen in die Zukunft sehen. Wenn die Reichs- und Länderregierungen zur Behebung der ernsten Notlage der Landwirtschaft und ihrer Nebengewerbe hauptsächlich im Laufe des letzten Jahres zahlmäßig eingegriffen haben, so handele es sich bei diesen Maßnahmen nicht so sehr um die Herstellung eines Verluststandes als solchen, als um die Erhaltung und Sicherung der Ernährungsbasis unseres deutschen Volkes um die Zeitung und Wiederbelebung unseres größten Gewerbes, das den natürlichen Stützpunkt darstelle für die Gesundung unseres inneren Marktes und damit unserer Wirtschaft überhaupt. Die deutsche Landwirtschaft selbst schreite zielbewußt und allen Schicksalsschlägen trotzend zur Durchführung ihrer Aufgaben, die heute in einer planmäßigen, auf die Zeitverhältnisse und die Konsumentenbedürfnisse eingestellten großzügigen Produktionspolitik und in der Mis-

Der Minister ging dann im einzelnen auf die Hilfs- und Förderungsmaßnahmen ein, die auf diesem Gebiete gerade seitens des Reichsnährungsministeriums in letzter Zeit getroffen sind. So erwähnte er die jetzt im Reichsmilchausschuß zusammengeführten Bestrebungen, die auf Hebung der Volksernährung und Volksgesundheit durch Förderung und Verbesserung der Milchgewinnung und Milchausarbeitung und die Steigerung des Absatzes der deutschen Milch und Milcherzeugnisse gerichtet sind; ferner die Unterstützung unserer Hochseefischerei und die Maßnahmen

men entledigen. Den Indern soll das Recht genommen werden, Land außerhalb einer bestimmten Zone in Natal zu kaufen oder zu pachten. In den Städten Natal's, in deren Gemeinderäten die Inder nicht vertreten sind, sollen sie auf bestimmte Viertel eingeschränkt werden. So weit ihnen heute der Handel durch Lizenzen gestattet ist, sollen diese revidiert werden, und die Worrämpfer des Gesetzes machen kein Hehl daraus, daß die meisten Handelsauflösungen nicht erneuert werden sollen.

Die indische Regierung hat dem Interesse der südafrikanischen Bevölkerung bereits insoweit Rechnung getragen, daß sie den Indianern die Erlaubnis zur ferneren Auswanderung nach Afrika verweigert, aber die drohende Beschränkung der bereits bestehenden Rechte der zum Teil seit zwei Menschenaltern in Südafrika wohnender Indianer hat sie doch zum Schutz ihrer Untertanen auf den Plan gerufen. Der Vizekönig von Indien hat bei General Herkog gegen das Gesetz protestiert und Herkog hat wenigstens eine weitere Untersuchung zugesagt, in der auch die Jüder mit ihren Klagen und Einwendungen gehört werden sollen. Ob das aber bei den gleichheitsfeindlichen Tendenzen Herkogs und der Stimmung des Afrikaner-Parlaments viel helfen wird, ist sehr fraglich. Auch droht bereits ein anderes Gesetz zur Beschränkung der Rechte der vorbigen Rassen, das grohe Aufregung bei

Wie soll das britische Imperium diesen inneren Spannungen, die zu großen Gefahren werden können, entgehen? Die neue Reichsverfassung hat da kein Mittel vorgesehen und General Herzog war der Dominions-Ministerpräsident, der in den Verhandlungen der Reichskonferenz am laufenden auf die Souveränität von Südafrika gepoht hat. Man kann verhandeln. Wie aber, wenn keiner nachgibt? Es ist der Gedanke eines Reichsgerichtshofes aufgetaucht, vor dem solche Interessenfragen der Dominions zu ziehen wären, und der nach Recht und Billigkeit zu entscheiden hätte. Es wird wahrscheinlich Aufgabe der nächsten Reichskonferenz sein, einen derartigen "court of equity" einzusehen. Die "Republik der Völker" (common wealth of nations), wie das alte "Empire" sich selbst zeitgemäß nennt, ist eben keine Republik der Engländer mehr und sie wird, mag sie nun wollen oder nicht, aus einem Staat der weißen Engländer durch den Zwang der Verhältnisse und trotz der Abneigung des Generals Herzog zu einem Staatenbund von "Englishmen" aller Farben und Rassen. Beschreitet die "common wealth" diesen Notweg nicht, so droht ihr der Zerfall in unabhängige, einfluklose

zu machen und sie immer mehr zu verbreiten (Ereichtung von Bratfischküchen usw.) und schließlich die Roggenvorbrotpropaganda; alles Bestrebungen, die darauf abzielen, unser deutsches Volk aus den Erträgnissen der eigenen Scholle mit Lebensmitteln in ausreichender Menge, in guter Qualität und zu Preisen zu beliefern, die auch für die breitesten Schichten unseres grohenteils verarmten Volkes tragbar sind. Wollen wir unsere politische und wirtschaftliche Selbständigkeit wieder gewinnen, so müssen wir im ersten Linie besorgt sein, uns auf dem wichtigsten Gebiete der Volksernährung von der Macht und der Spekulation des Auslandes möglichst unabhängig zu

Das große Ziel kann aber nur dann voll erreicht werden, wenn sich auch Handel und Konsumenten in Zukunft ebenso wie die Landwirtschaft entschieden in dieser Richtung einstellen. Die Parole: Deutsche kaufen deutsche Waren! muß zum Sammeltross werden für alle diesenjenigen, denen das Wohl und die

Es wäre ungerecht, in einer Zeit, wo so viel von Volksgemeinschaft gesprochen wird, den Bauern von dieser Volksgemeinschaft etwa auf Grund von allgegenwärtigen Vorurteilen oder deswegen ausschließen zu wollen, weil er ebenso wie die anderen schaffenden Stände für die in den Produkten steckende Arbeit in Form halbwegs rentierender Preise einen gerechten Lohn fordert und vom Staate verlangt, daß er ihm gegen die vielfach übermächtige Konkurrenz des Auslandes, die seine Existenz gefährdet, den notwendigen Schutz nicht versagt. Die Landwirtschaft müßte sich ihrerseits aber auch heute mehr denn je bewußt sein, welche ernste Verantwortung ihr als dem Nahrungsland besonders in den schwierigeren Zeiten der Gegenwart und der nächsten Zukunft für Volk und Volkswohl obliegt! Das Ziel müßte also dahin gehen, Erzeuger und Verbraucher, Bauer und Arbeiter, Industrie und Handel, kurz, alle Schichten unseres Volkes zu einer einzigen großen, ihre gemeinsamen Interessen erkennenden Arbeitsgemeinschaft zusammenzuschließen zum Schutze und zur Förderung der nationalen Produktion, zur Wiederstärkung unserer Wirtschaft und unserer Nationalstufe.

Kranzöfliche Sprossen

Die Arbeitslosigkeit. — Der starke Rückstrom der Ausländer nach Frankreich. — Wann wird stabilisiert?

Der Arbeitsminister will in dem heutigen Ministerrat eine Sitzung über die Arbeitslosigkeit in Frankreich vorlegen. Danach überreichtet die Zahl der Arbeitslosen in Paris nicht 10 000 und die in den Départements nicht 30 000. Der Arbeitsminister gibt die besonders von dem schlechten Wirtschaftsgang betroffenen Industriezweige an, damit im Rahmen des Möglichen diese Arbeitslosen bei öffentlichen Arbeiten Beschäftigung finden können. Es soll besonders die Möglichkeit geprüft werden, die Arbeitslosen zur Durchführung umfangreicher Notstandsarbeiten dem Minister für öffentliche Arbeiten zur Verfütigung zu stellen, um auf diese Weise die Zahlung von Gemeinschaftszinsen.

Das Innenministerium veröffentlicht gestern das Ergebnis der im März 1926 vorgenommenen Volkszählung. Danach beläuft sich zu diesem Zeitpunkt die gesetzte Zahl der in Frankreich anwesigen Personen auf 40 743 851, davon waren 38 247 521 Franzosen und

Bei der vorangegangenen Volkszählung am 5. März 1921 war die Zahl der in Frankreich wohnhaften Personen mit 39 209 655 festgestellt worden. Von dem Bevölkerungszuwachs von rund 1,5 Millionen Einwohnern entfallen etwa $\frac{1}{2}$ Million auf Franzosen und mehr als eine Million auf Ausländer. Das am dichtesten beböhlerte Département, das der Seine, wird von 4 628 637 Personen bewohnt, davon sind 4 204 853 Franzosen und 423 184 Ausländer.

Die Tatsache, daß die Bank von Frankreich dreier Tage intervenierte, um ein weiteres Steigen des Franken zu verhindern, hat das „Echo de Paris“ zu Erfundigungen veranlaßt, auf Grund deren es folgendes mitteilt: „Nach absolut sicherer Ansicht ist nicht das von der Röde, daß die Regierung in den nächsten Tagen zur Stabilisierung schreiten wird. Sowohl der Ministerpräsident wie auch der Gouverneur der Bank von Frankreich sind der Ansicht, daß die notwendigen Bedingungen für das Gelingen einer derartigen Operation noch nicht erfüllt sind. Die Bank von Frankreich hat einfach der Spekulation eine ernste Warnung gegeben und der Geschäftswelt zu Hilfe kommen wollen, um ihr eine kleine Atempause zu gewähren. Was die Stabilisierung anlangt, so muß und wird sie nichts anderes sein, als Festlegung eines tatsächlichen Zustandes. Poincaré wird durch geeignete Maßnahmen das Terrain im Hinsicht auf eine Stabilisierung vorbereiten, die unter den am wenigsten unannehbaren Bedingungen erfolgen muß.“

